



Protokoll — 8. ordentliche Generalversammlung vom 5. April 2018, 20:00 h

Sitzung

Ort

GZ Riesbach, Bühnensaal

TeilnehmerInnen

43 Mitglieder sowie Ralf Margreiter als Gast ohne Stimmrecht.

Entschuldigt

Stephanie Giger, Jean-Daniel Strub, Thomas Heeb, Franziska Rogner, Raphael Golta, Silvio Graf, Daniel Höltschi, André Odermatt, Ruedi Bähler, Miriam Lautenschläger, Ueli Schwarzmann, Marianne Schwarzmann, Martha Böni-Peter, Viktor Brun, Elisabeth Fata-Rechsteiner, Thomas Eichenberger, Sarah Marti, Regina Aeppli, Werner Kallenberger, Hedi Knöpfli, Adrian Knöpfli, Michi Bieri, Marco Gittermann, Wiebke Rüegg

Leitung

Sofia Karakostas

Protokoll

Ivo Braunschweiger

1. Begrüssung

Sofia begrüsst die anwesenden GenossInnen, insbesondere die Neumitglieder, die zum ersten Mal anwesend sind. Sie werden eingeladen, sich kurz vorzustellen. Freddy Schnider, Carolina Ingold, Fabian Jaussi, Philip Bräm und Lars Simpson nutzen die Gelegenheit und stellen sich vor.

2. Wahl der Stimmenzähler und des Protokollführers

Es werden folgende Personen von der GV bestimmt:

Stimmenzähler: Andreas Rüegg (Block bei Fenster) und Andreas Herczog (Block bei Tür und Vorstand).

Protokoll: Ivo Braunschweiger

3. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

4. Abnahme Protokoll GV vom 06.04.2017

Das Protokoll wird bei einer Enthaltung abgenommen. Vielen Dank an Lukas Alig für die Protokollierung.

5. Abnahme Jahresberichte

Eva-Maria Würth erläutert kurz der Jahresbericht aus dem Kantonsrat.

Helen Glaser und Joe Manser erläutern kurz den Jahresbericht aus dem Gemeinderat.

Der Jahresbericht der Schulbehörde kann leider nicht erläutert werden, da niemand der Schulbehörde anwesend ist.



Sofia Karakostas erläutert kurz den Jahresbericht des Vorstands und gedenkt Ruedi Nöthiger. Ebenfalls erinnert sie an die regelmässig stattfindenden Veranstaltungen, gibt einen Rückblick auf die Wahlkampfaktivitäten und bedankt sich speziell bei Michi Bieri für seine Arbeit im Wahlkampf.

Die Jahresberichte werden genehmigt.

6. Abnahme Jahresrechnung/Revisionsbericht

Paul Sprecher beantwortet Fragen zur Erfolgsrechnung, zu der bereits ein kleiner Bericht beigelegt wurde.

Der Revisionsbericht fällt positiv aus: Pauls Buchhaltung wird gelobt und es wird zur Annahme der Jahresrechnung geraten.

Die Erfolgsrechnung wird einstimmig abgenommen.

Die Mitgliederbewegungen seit der letzten GV:

▪ Anfangsbestand	245
▪ Eintritte	25
▪ Übertritte aus anderen Sektionen	14
▪ Übertritte in andere Sektionen	-3
▪ Austritte	-8
▪ Todesfälle	-2
▪ Endbestand	271

Somit zählt die SP Zürich 7 und 8 so viele Mitglieder wie noch nie zuvor.

7. Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

8. Ehrungen

Dieses Jahr werden folgende JubilarInnen geehrt:

50 Jahre Mitgliedschaft

- Martha Böni-Peter

40 Jahre Mitgliedschaft

- Margrith Wacker
- Silvio Graf
- Viktor Brun
- Martin Farner
- Elisabeth Fata-Rechsteiner

25 Jahre Mitgliedschaft

- Daniel Höltschi
- Franziska Rogner Gruenberg
- Rosanna Ambrosi
- Martin Sarbach
- Thomas Heeb
- Raphael Golta

Margrith Wacker, Martin Farner, Rosanna Ambrosi und Martin Sarbach sind anwesend; ihnen wird ein Geschenk überreicht und es wird applaudiert. Sie erhalten das Wort und erzählen kurz über ihren Weg zur Partei.



9. Wahlen Vorstand

Sofia Karakostas, Isabel Bartal und David Rüegg kündigen an, dass sie nicht wieder zur Wahl antreten. Sofia bedankt sich bei Isabel und David für ihr Engagement. Ivo Bieri bedankt sich bei Sofia für ihre Tätigkeit im Vorstand und im Präsidium der SP 7 und 8. Sofia kündigt an, auch weiterhin engagiert zu bleiben.

Präsidium

Für das Präsidium, das bisher durch Sofia Karakostas besetzt wurde, stellt sich Ivo Bieri zur Wahl. Ivo wird per Akklamation gewählt.

Finanzverantwortliche(r)

Paul Sprecher stellt sich erneut zur Wahl als Finanzverantwortlicher. Er kündigt an, dass er Marianne Aubert über die Buchhaltungssysteme und Kontoführungen unterweisen wird, damit bei unerwarteten Zwischenfällen jemand das Amt übernehmen kann.

Paul wird per Akklamation gewählt.

Übrige Vorstandsmitglieder

Zur Wahl in den übrigen Vorstand stellen sich:

- Ivo Braunschweiger (bisher)
- Angelica Eichenberger (bisher)
- Dominique Jausi (bisher)
- Manon von Heeren (bisher)
- Eveline Zwahlen (Wiedereintritt)

Die Vorstandsmitglieder werden per Akklamation gewählt. Eveline ergreift kurz das Wort.

Städtischer Parteivorstand

Gemäss Statuten der SP Stadt Zürich (Art. 9, Abs. 1) ist die gewählte Präsidentin/der gewählte Präsident von Amtes wegen delegiert.

10. Wahl Revisionsstelle

Zur Wahl stellen sich Marianne Schwarzmann und Felix Stamm.
Als Ersatz-Revisor stellt sich Werner Kallenberger erneut zur Verfügung.
Sie werden per Akklamation gewählt.

11. Wahl Delegierte

Es werden per Akklamation gewählt:

Städtische Delegierte: 16 Personen

- Michele Andermatt
- Marianne Aubert
- Ivo Braunschweiger
- Angelica Eichenberger
- Simone Feuerstein
- Esther Freitag
- Helen Glaser
- Carolina Ingold
- Werner Kallenberger
- Sofia Karakostas
- Catherine Pelli
- David Rüegg
- Philippe Sablonier
- Peti Wiskemann



- Eva-Maria Würth
- Eveline Zwahlen

Ersatz

- Lukas Alig
- Thomas Eichenberger
- Stephanie Giger-Reich
- Catherine Heuberger Golta
- Carl Rohrer
- Martin Sarbach
- Felix Stamm
- Margrith Wacker

Kantonale Delegierte: 7 Personen

- Michele Andermatt
- Ivo Bieri
- Ivo Braunschweiger
- Stephanie Giger-Reich
- Dominique Jaussi
- Werner Kallenberger
- Peti Wiskemann

Ersatz

- Lukas Alig
- Marianne Aubert
- Thomas Eichenberger
- Helen Glaser
- Catherine Heuberger Golta
- Sofia Karakostas
- Catherine Pelli
- David Rüegg
- Philippe Sablonier
- Eva-Maria

Nationale(r) Delegierte(r): 1 Person

- Eva-Maria Würth

Ersatz

- Thomas Eichenberger
- Stephanie Giger-Reich
- Werner Kallenberger
- Philippe Sablonier

12. Festsetzung Mitgliederbeiträge und Behördemitgliedsteuer

Der Vorstand beantragt, die Mitgliederbeiträge unverändert zu lassen. Es gibt keine weiteren Anträge zu den Mitgliederbeiträgen. Es wird der unveränderten Skala zugestimmt.

Der Vorstand beantragt, die Behördemitgliedsteuer bei 10 % zu belassen. Es gibt keine weiteren Anträge zur Behördemitgliedsteuer. Es wird dem unveränderten Steuersatz zugestimmt.



13. Verabschiedung Budget

Paul erläutert kurz seine Einschätzungen für das kommende Jahr und gibt zu bedenken, dass der Posten "Volksabstimmungen" sehr ungewiss ist und abhängig davon sein wird, wie viele Vorlagen zur Abstimmung kommen werden. Es gibt keine Änderungsanträge. Das Budget wird einstimmig verabschiedet.

14. Vorstellung Ralf Margreiter

Ralf Margreiter, Mitglied bei den Grünen, ist Kandidat für das Schulpräsidium Zürichberg bei den Wahlen vom 10. Juni. Die SP Zürich 7 und 8 hat an der MV vom 1. Februar 2018 gemeinsam mit der SP Zürich 1 und 2 seine Unterstützung beschlossen. Er stellt sich kurz vor und es gibt Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ralf weist auch auf die Podiumsveranstaltung vom 8. Mai im Rämibühl hin.

15. Varia

- Andreas Rüegg stellt kurz das Referendum gegen die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten vor, das gerade kürzlich lanciert wurde, und lädt zur Unterstützung ein. Ein Unterschriftenbogen wird herumgereicht.
- Eva-Maria Würth weist auf die Podiumsdiskussion bezüglich der kantonalen Kulturförderung vom 13. April hin.
- Andreas Herczog ergreift das Wort zum Rückzug von Claudia Nielsen und blickt auf eine Aussprache zu diesem Thema zurück.
- Ruedi Meyer bemerkt, dass eine früher stattfindende GV von einigen geschätzt werden würde.
- Ivo Bieri weist auf die Show The Queen and I hin, die von Michi Bieri aufgeführt wird. Unter barbrathenose.ch kann man Tickets erhalten.
- Nächste Termine
 - 6. Juli: Sommerfest und MV auf der Wynegg (Verabschiedung Kantonsratsliste für die Wahlen 2019)
 - 17.-18. August: Riesbachfest
 - 6. Dezember: Chlaushöck

Für das Protokoll:

Ivo Braunschweiger



Jahresbericht Vorstand

Bericht aus dem Vorstand (2017/2018)

Highlight des aktuellen Berichtsjahrs ist, dass in den Erneuerungswahlen vom 4. März 2018 für die Amtsdauer 2018–2022 für den Gemeinde- und Stadtrat der Stadt Zürich die SP im Gemeinderat sehr zu unserer Freude vier Sitze zugelegt hat und zudem in unserem Wahlkreis Zürich 7 und 8 neu wählerstärkste Partei ist: Gegenüber den Wahlen von 2014 konnten wir unseren Wähleranteil um 2.53 Prozentpunkte auf neu 27.35 % ausbauen. Leider liess sich dieses Plus aufgrund des «doppelten Pukelsheim»-Wahlsystems nicht in einen Sitzgewinn im Gemeinderat ummünzen und so ging der bisherige CVP-Sitz an die FDP und nicht an uns.

Mit dem guten Resultat konnten wir die vier Sitze im Gemeinderat halten. Dabei wurden unsere bisherigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Joe A. Manser, Helen Glaser, Jean-Daniel Strub und Marianne Aubert sehr gut wiedergewählt. Besonders freut es uns ebenfalls, dass unsere beiden SP Zürich 7 und 8-Stadträte, André Odermatt und Raphael Golta, mit Glanzresultaten wieder in den Stadtrat gewählt wurden. An dieser Stelle nochmals sehr herzliche Gratulation an alle.

Vorstandsintern begann das Berichtsjahr mit der konstituierenden Sitzung anfangs Mai 2017, wo die drei neuen Mitglieder Ivo Braunschweiger, Angelica Eichenberger und Manon von Heeren begrüsst wurden. Leider wurde diese erste Sitzung überschattet durch die traurige Nachricht über den sehr plötzlichen Hinschied unseres langjährigen Sektions- und Vorstandsmitglieds Ruedi Nöthiger. Ruedi wurde von allen Vorstandsmitgliedern sehr geschätzt.

Im Berichtsjahr fanden neun Vorstandssitzungen statt, an denen aktuelle Geschäfte aus dem Gemeinderat, Themen aus dem Quartier oder Informationen aus anderen relevanten Gremien wie Parteivorstand, Delegiertenversammlungen oder Sektionstreffen behandelt wurden.

Im Wahljahr 2017/2018 lag der Schwerpunkt der Vorstandsaktivitäten naturgemäss auf dem Wahlkampf und auf der Unterstützung des Wahlkampfes der Kandidierenden. Nach dem Motto «Lessons Learnt» aus vergangenen Wahlen und unter der professionellen Leitung von Michael Bieri wurde im Gemeinderatswahlkampf weniger Gewicht auf Veranstaltungen, dafür umso mehr auf die persönliche Präsenz in den Quartieren und auf Plakaten gesetzt: So waren wir nebst der Sichtbarkeit auf Plakaten von anfangs Januar bis 3. März an jedem Samstag an zwei bis drei Standorten mit Standaktionen in den Quartieren Fluntern, Hottingen, Hirslanden, Seefeld und Witikon präsent. Der direkte Dialog mit der Bevölkerung wurde in der «heissen Phase» - während der letzten drei Wochen des Wahlkampfes - zusätzlich begleitet durch die aktive Beteiligung an den Telefonaktionen der SP Stadt, wo potenzielle Wählerinnen und Wähler im Vorfeld direkt kontaktiert und zum Wählengehen ermuntert wurden.

Aufgrund des Wahljahrs rückten die Mitgliederversammlungen und weitere Aktivitäten, die den direkten Austausch mit unseren Mitgliedern fördern, etwas in den Hintergrund. An den bewährten Formaten, Sessionsgipfel im Wilden Mann, Sommerfest in der Wynegg, Chlaushöck im GZ Riesbach sowie dem Neumitgliederanlass wurde aber nicht gerüttelt: Diese fanden alle statt und wurden gut bis sehr gut besucht.

Nebst den eigens für unsere Mitglieder durchgeführten Veranstaltungen war und ist es dem Vorstand wichtig, in den Dialog mit der Quartierbevölkerung zu treten und dabei sich sowohl an gesellschaftlichen Anlässen zu beteiligen als auch aktuelle politisch relevante Themen aufzugreifen.



Im Bereich der Quartier-Netzwerkaktivitäten waren wir Ende August 2017 wiederum während zweier Tage am Riesbachfest mit dem Röstistand präsent. Leider hat das Wetter – einmal mehr! - nicht so mitgespielt und sich die Aktion umso mehr als sehr ressourcenintensiv herausgestellt. Darum wird nun über ein neues Teilnahme-Konzept nachgedacht. Der seit vielen Jahren extrem beliebte und mit grossem Erfolg durchgeführte SP-Crêpes-Stand konnte am Hottinger-Fest 2017 leider nicht mehr stattfinden, weil der zuständige Quartierverein auf die Teilnahme der Parteien verzichtete, was wir sehr bedauern.

Mit dem vor einem Jahr eingeführten Vorstandsressort «Quartierpolitik» haben wir die entsprechenden Aktivitäten intensiviert. Konkret wurden wir im Bereich des Spitalclusters im Gebiet Lengg sowie bezüglich des Areals des Kinderspitals in Zürich Hottingen aktiv: Das Gebiet Lengg ist mit seinen zahlreichen medizinischen Institutionen das grösste Arbeitsplatzgebiet im Gesundheitsbereich der Schweiz. Neben dem Neubau des Kinderspitals haben zahlreiche dort ansässige Institutionen beim Kanton konkrete Ausbauwünsche angemeldet. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die weiteren Entwicklungen rund um den Spitalcluster beobachtet und die notwendigen Massnahmen vorschlägt. Im Zusammenhang mit dem in Zukunft frei werdenden Areal des jetzigen Kinderspitals in Zürich Hottingen haben wir zusammen mit den Grünen 7/8 eine Petition für gemeinnützigen Wohnraum auf diesem Areal eingereicht.

Schliesslich hat uns in diesem Jahr das Thema Kreisschulpflege und Schulpräsidium Zürichberg intensiv beschäftigt: Nachdem anfangs Juni 2017 bekannt wurde, dass die aktuelle Schulpräsidentin nicht mehr kandidieren wird und ein entsprechender Aufruf unter unseren Mitgliedern keine Kandidatur hervorbrachte, wurde an der gemeinsamen Mitgliederversammlung mit der SP 1+2 vom 1. Februar 2018 einstimmig beschlossen, am 10. Juni 2018 den Kandidaten der Grünen, Ralf Margreiter zu unterstützen.

Im Namen des Vorstands möchte ich an dieser Stelle allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten für ihr Engagement im letzten Jahr sehr herzlich danken.

Für den Vorstand: Sofia Karakostas, Präsidentin SP Zürich 7 und 8, Ende März 2018



Bericht aus dem Gemeinderat (Mai 2017–März 2018)

Personelles

Die ganze Legislatur hindurch, d. h. seit Frühling 2014, war die Konstellation im Gemeinderat der Stadt Zürich speziell: Wir Links-Grünen hatten 62 Sitze und die Bürgerlichen 62 Sitze; den 125. Sitz hatte der parteilose Mario Babini inne. Er war ein Politiker, mit dem man diskutieren konnte und der daraufhin manchmal auch seine Meinung änderte. Leider verstarb er im November 2017. Die SVP ersetzte ihn umgehend mit einem «richtigen» Parteimitglied. Mit dieser Ausgangslage gab es verschiedentlich Zitterpartien, weil die Präsenz für die Mehrheit ausschlaggebend war. Wir Sozialdemokrat*innen sind punkto Präsenz sehr diszipliniert, was auf der rechten Ratsseite glücklicherweise nicht zutrifft. So gelang es uns immer wieder, wichtige Abstimmungen zu gewinnen.

Die SP-Fraktion war in dieser Legislatur eine wache und aktive Fraktion und pflegte eine offene und respektvolle Diskussions- und Zusammenarbeitskultur. Leider nahm der Frauenanteil im Verlauf der Legislatur ab, da mehr als einmal auf eine zurücktretende Gemeinderätin ein Kollege folgte.

Mit den Wahlen 2018 ist das Frauen/Männer-Verhältnis erfreulicherweise wieder ausgeglichener. Dennoch gab es bei den Wahlen auch eine bittere Pille zu schlucken: Dass unsere Stadträtin Claudia Nielsen sich – nach heftiger und regelmässig unfairer Medienkritik – im Februar 2018 entschloss, nicht mehr zu den Wahlen 2018 anzutreten, hat uns alle getroffen.

Von den Ratsmitgliedern aus unserem Wahlkreis brachte Joe Manser sich in der Spezialkommission GUD beim Thema Gesundheit und Umwelt stark ein und stand in regem Austausch mit Claudia Nielsen. Jean-Daniel Strub leitet als Vize-Fraktionschef die Fraktion umsichtig mit durch die Legislatur und engagierte sich als Vizepräsident der Spezialkommission PRD/SSD immer wieder stark, v. a. in Schulfragen. Marianne Aubert blieb der Spezialkommission SID/V und somit dem Verkehr, dem Tiefbau und den Polizei- und Feuerwehrfragen treu und Helen Glaser amtierte ein zweites Jahr als Präsidentin der Spezialkommission TED/DIB, die sich den Themen Energie, Entsorgung/Recycling und Grünflächen auseinandersetzt.

Nachstehend folgen – thematisch geordnet – Geschäfte, von denen wir denken, dass sie allgemein von Tragweite oder für die Sektion von besonderem Interesse sind.

Finanzen

Im Frühling 2017 genehmigten wir die Rechnung 2016 mit einer klaren Mehrheit. Nicht genehmigt haben wir den Teil der Rechnung von ERZ (Entsorgung + Recycling Zürich) wegen den aufgedeckten Unregelmässigkeiten. Diese erwiesen sich je länger je mehr als so gravierend, dass der Gemeinderat schliesslich die Einsetzung einer PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) beschloss, die diese Vorfälle im ERZ nun aufarbeitet. Die PUK hat ihre Arbeit im Herbst 2017 aufgenommen.



Der Voranschlag 2018 des Stadtrates wies am Ende der Budgetdebatte bei Ausgaben und Einnahmen von ca. 8800 Mio. Franken ein budgetiertes Minus von 7 Mio. Franken aus. Wichtige Budgetanträge waren insbesondere:

- Den Antrag der Bürgerlichen, die beantragte Erhöhung der städtischen Löhne um 1,5 % und damit um die Hälfte zu kürzen, konnten wir mit Peter Künigs Stichentscheid als Ratspräsident wir das zum Glück verhindern.
- Die von der SVP geforderte Auflösung der Fachstelle für Gleichberechtigung wehrten wir ebenfalls erfolgreich ab.
- Leider strichen die Bürgerlichen mit einer knappen Mehrheit im Schul- und Sportdepartement
- 6 Mio., die u. a. bei Aufgabenstunden, situativer Förderung, Logopädie, Psychomotorik und Sonderpädagogik eingespart werden sollen.

Stadtplanung und -gestaltung, Plätze und Pärke

Wir nahmen einen Bericht des Stadtrats zur Aufwertung des Heimplatzes zur Kenntnis und wir beauftragten ihn gleichzeitig, einen Studienauftrag mit folgenden Aspekten durchzuführen:

- bessere Querungsmöglichkeiten und mehr Platz für Fussgänger*innen
- genügend breite Velostreifen auf allen Strassen, auch auf der Rämistrasse
- eine Gestaltung, die der Bedeutung dieses Platzes der Künste entspricht.

Vor den Sommerferien erfuhren wir, dass der Regierungsrat verschiedene Projekte, die der Gemeinderat beschlossen hatte, wieder aus im regionalen Richtplan gestrichen hatte, z. B. Seilbahnen, Velostrassen, subventionierte Wohnungen bei gemeinnützigen Wohnungsprojekten und neu geschaffene Grün- und Freiflächen. Eine Mehrheit bestehend aus SP, Grünen, AL und GLP erachte dies als Beschneidung der Gemeindeautonomie. Wir beschlossen, dass die Rechtskonsultantin des Gemeinderats beim Verwaltungsgericht eine Beschwerde gegen den Regierungsrat einreichen soll.

Ein emotionales Geschäft war die Initiative «Freier Sechseläutenplatz». Ihr gegenüber steht der gemeinderätliche Gegenvorschlag. Die Volksinitiative verlangt, dass der Sechseläutenplatz nur noch 65 Tage im Jahr belegt werden darf. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats würde bis max. 180 Tage Belegung erlauben, ein grosser Teil davon dürfte nicht im Sommer sein. Eine klare Ratsmehrheit sprach sich für den Gegenvorschlag aus. Die Volksabstimmung darüber findet am 10. Juni 2018. Die SP hat bereits die Parole dazu gefasst: Ja zum Gegenvorschlag, Stimmfreigabe zur Initiative und Stimmfreigabe beim Stichentscheid.

Wichtig war auch die Debatte über den Baurechtsvertrag für das Kasernen-Areal mit dem Kanton. Er umfasst die Zeughäuser und den Zeughaushof. Die Kasernenwiese wird die Stadt nach dem Rückbau des Gefängnisses mittels eines Leihvertrags übernehmen; die vorderen Gebäude nutzt weiterhin der Kanton. Klar, dass der Gemeinderat hier zustimmte – nach den vielen Jahren des Wartens ...

Weiter genehmigten wir den Gestaltungsplan für das Haus zum Falken am Stadelhofen. Das ist das Haus, in dem das Café Mandarin seit Jahren drin ist. Geplant ist ein privater Neubau mit Läden im EG sowie Gewerbe- und Dienstleistungsflächen in den OG. Der private Eigentümer wurde verpflichtet, im UG eine kostenpflichtige Velostation zu bauen. Das fanden FDP und SVP eine Frechheit und bezeichneten es als Erpressung gegenüber dem privaten Investor. Dem gegenüber kritisierte die AL, dass das Haus aus dem Inventar der schützenswerten Objekte entlassen wurde. SP und GLP forderten in einem Begleitpostulat, dass künftig gleich viele kostenlose oberirdische wie unterirdische Veloabstellplätze vorhanden sein müssen.

Das geplante Gartenareal Dunkelhölzli in Altstetten war im Grunde genommen unbestritten. Abweichend vom Vorschlag des Stadtrats, ist das endgültige Projekt jedoch besser auf die Bedürfnisse der künftigen Benutzer*innen und der Quartierbevölkerung abgestimmt. Zukünftig soll der Familiengartenverein Altstetten/Albisrieden,



der wegen des neuen Eisstadions auf dem Vulkanareal 200 Gärten verliert, und der Verein Grünhölzli, der Gemeinschaftsgärten entwickeln will, im Dunkelhölzli gärtnern können. Die Forderung nach Gemeinschaftsgärten geht zurück auf ein Postulat von Eva-Maria Würth (SP) und Gabriele Kisker (Grüne). Heftiger Widerstand kam von Seiten FDP und SVP. Die FDP hat mit Unterstützung der CVP hat schliesslich das Behördenreferendum gegen den Entscheid ergriffen, was bedeutet, dass es im Juni eine Volksabstimmung dazu geben wird. Die SP hat – wen wundert's – die Ja-Parole beschlossen.

Energie

Dem EWZ wurden zwei Rahmenkredite à je 200 Mio. Franken gesprochen, einmal für Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energien nutzen, und einmal für Energiedienstleistungen. Beide Kredite wurden vom Volk im Verlauf des Jahres bestätigt. Dies zeigt, dass die Energiepolitik der Stadt vom Volk weiterhin mitgetragen wird. Mit diesen Rahmenkrediten hat das EWZ auch als Dienstabteilung der Stadt in den kommenden Jahren die gleich langen Spiesse wie die Konkurrenz.

Sport

Der Dolder Kunsteisbahn AG Zürich bewilligten wir für die Jahre 2018–2021 einen jährlichen Betriebsbeitrag von 375 000.– Franken. Gleichzeitig verlangten wir mit einer knappen Mehrheit vom Stadtrat in einem Vertragszusatz festzuhalten, dass die Fläche der Kunsteisbahn Dolder nicht mehr als fünfmal pro Jahr als Parkplatz genutzt werden darf.

Nachdem nun klar ist, dass der ZSC in Altstetten ein neues Hockey-Stadion erhält, verlangte der Gemeinderat mit einer Motion, dass nach dem Auszug des ZSC aus dem Hallenstadion die Stadt mit der AG Hallenstadion einen neuen, der Wirtschaftlichkeit der neuen Nutzung angemessenen Baurechtszins aushandelt. Denn: Wenn der ZSC nicht mehr dort trainiert und spielt, sind die Betreiber terminlich nicht mehr gebunden und können neue Messen anbieten.

Schule

Das ganz grosse Geschäft in Sachen Schule war das Projekt «Tagesschulen 2025», Pilotphase II mit 24 zusätzlichen Schulen bis 2025. Hier gingen für einmal die FDP mit der SP zusammen.

Das Konzept umfasst vier Kernelemente:

- Abgestufte Gebundenheit, d. h. nur wenn die Schüler*innen Nachmittagsunterricht haben, müssen sie die Mittage in der Schule verbringen
- Einheitliche Zeitpläne, d. h. Erweiterung der Blockzeiten bis in den Nachmittag hinein
- Gestaffelte warme Mahlzeiten für alle, um die Infrastruktur gut auszunutzen, wobei die Eltern die Kinder auch abmelden dürfen, wenn sie sie selber betreuen möchten
- Stärkung des pädagogischen Freiraums der Schulen
- Auch über dieses Projekt wird das Volk im Juni dieses Jahres befinden; die SP hat dazu die Ja-Parole gefasst.

Der Gemeinderat bewilligte CHF 33,8 Mio. für den Neubau der Dreifachsporthalle mit Sekundarstufenschulhaus Hofacker und den Ausbau der bestehenden Schulanlage.

Wohnen

Im Gemeinderat gab das besetzte Koch-Areal, das im Besitz der Stadt Zürich ist, viel zu reden. Die Bürgerlichen liessen keinen Ratsmittwoch aus, um zu betonen, wie unrechtmässig, laut, ungesetzlich, gefährlich diese Besetzung / Zwischennutzung auf dem Kochareal sei. Da werde sogar Cannabis konsumiert! Wir unsererseits betonten jeweils, dass die Besetzung von Abbruchliegenschaften in Zürich eine bewährte Praxis seit den 80er-Jahre-Unruhen sei, dass die bürgerliche Kritik übertrieben sei und dass die Polizei den Klagen durchaus nachgehe. Als Stadtrat Richi



Wolf das Dossier schliesslich an Daniel Leupi übergab, kehrte einigermaßen «Ruhe» beim Thema ein.

Wir beschäftigten uns aber auch mit der Zukunft des Koch-Areals. Einerseits mit der bürgerlichen Volksinitiative «Wohnen und Leben auf dem Koch-Areal». Die Initiative will, dass das Areal an den Meistbietenden verkauft wird, was wir natürlich ablehnen. Unter dem Vorbehalt der Ablehnung dieser Volksinitiative bewilligte der Gemeinderat schliesslich 42 Mio. für die Projektierung von gemeinnützigem Wohnungsbau, einem öffentlichen Park und Infrastruktur für Kinderbetreuung und für den Übertrag des Grundstücks vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Das Stimmvolk wird im kommenden Juni über die beiden Vorlagen abstimmen. Die SP hat zum Objektkredit die Ja-Parole und zur Initiative die Nein-Parole beschlossen.

Nachdem das Vermietungsreglement für städtische Wohnungen wiederholt kritisiert worden war, brachte Stadtrat Daniel Leupi ein neues Vermietungsreglement in den Rat. Drei Jahre lang wurde dieses Geschäft in der Kommission behandelt, da die Meinungen sehr weit auseinander gingen. Schliesslich einigten sich alle Fraktionen auf einen Kompromiss. Der SP war vor allem wichtig, dass die neue Praxis sozial verträglich und nachvollziehbar wird, was wir auch erreicht haben. Das Medienecho war gross. Auch viele Wohnbaugenossenschaften und Stiftungen werden die neuen Richtlinien zukünftig anwenden.

Spitäler

Die Spitäler gaben in diesem Jahr vor allem in den Medien zu reden, obwohl sie auch im Gemeinderat ein Thema waren. Allerdings wurde im Rat selber schliesslich kein Beschluss über das Geschäft «Eckpunkte der Spitälerstrategie» gefasst, weil die Spezialkommission einstimmig beschloss, das Geschäft motiviert zurückzuweisen und der Stadtrat daraufhin die Weisung zurückzog. Dass auch die SP bei der Zurückweisung mitmachte, war für Claudia Nielsen nicht einfach, auch wenn die Gründe dafür sachlich nachvollziehbar waren.

Soziales

Wir hiessen für die Erstellung des Bundesasylzentrums BAZ für 350 Menschen auf dem Duttweiler-Areal einen Objektkredit von 24 Mio. Franken gut. Darüber wird die Stadt im Juni auch befinden müssen. Die SP hat die Ja-Parole verfasst.

Leider wurde ein Begleitpostulat der Grünen, das eine quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden forderte, knapp abgelehnt.

Organisatorisches

Die Initiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» aus Spargründen kommt aus liberalen Kreisen. Mit 62:62 Stimmen und Stichentscheid unseres Ratspräsidenten Peter Küng wird die Initiative nun sowohl vom Stadtrat als auch vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen. Die Volksabstimmung findet im Juni 2018 statt. Die SP hat die Nein-Parole gefasst, denn die gewünschte Effizienz wird so nicht erreicht.

Vorstösse

Zum Schluss möchten wir kurz noch ein paar Vorstösse erwähnen, die wir überwiesen oder versenkt hatten:

Wir lehnten ein Postulat der SVP ab, das die «Frauenbadi» am Stadthausquai auch für männliche Besucher öffnen wollte.

Ein Postulat von SP und Grünen, das verlangte, dass am Zürifest künftig auf Flugshows verzichtet wird, wurde knapp abgelehnt.

Wir haben ein von uns mit unterzeichnetes Postulat überwiesen das eine Prüfung verlangt, wie Witikon mit einer direkten Busverbindung via Zoo zum Bahnhof Stettbach besser erschlossen werden kann.



Ein Postulat, das verlangte, dass der Baurechtsvertrag mit der FIFA im Sonnenberg neu verhandelt wird, damit dem klaren Wunsch nach einem Restaurationsbetrieb im mittleren Preissegment entsprochen wird, wurde leider mit 59:61 Stimmen abgelehnt.

Mit einer knappen Mehrheit überwiesen wir ein Postulat der SP, das den Stadtrat auffordert, in einem Stadtkreis einen Pilotversuch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen durchzuführen. Im Rahmen dieses Versuchs sollen auch innovative Systeme erprobt werden, die den Gang in die Sozialhilfe für bestimmte Gruppen (beispielsweise Familien) unnötig machen.

Eine deutliche Ratsmehrheit überwies eine zukunftsweisende Motion der GLP, die verlangt, dass auf der Einfallsachse Bellerivestrasse / Utoquai vom Tiefenbrunnen bis Opernhaus eine Reduktion der Fahrspuren vorgenommen wird. Mit einem wechselseitigen Verkehrsregime auf den verbleibenden Spuren sollen in den Morgenspitzen zwei Spuren stadteinwärts und eine stadtauswärts und abends zwei Spuren stadtauswärts und eine stadteinwärts geführt werden. Auf der dadurch gewonnenen Spur soll eine Zweirichtungs-Veloschnellroute getestet werden. Die notwendigen baulichen Massnahmen für den Pilotversuch sollen im Zuge der geplanten Sanierung Bellerivestrasse umgesetzt werden. Wir sind gespannt.

Ein Zusatzeffekt dieser Motion ist, dass auf den vom Tiefbauamt geplanten Ausbau der Veloroute in der Utoquaianlage verzichtet werden kann. Mit einschneidenden Rodungen, schmalen Passagen und vielen Mischflächen mit Zufussgehenden wäre dieses Projekt sehr umstritten gewesen.

Ein weiteres Thema war der Carparkplatz beim HB. Wir forderten mit einer Motion einen Projektierungskredit, damit für den Carparkplatz in einem offenen, partizipativen Prozess eine quartierverträgliche Entwicklung umgesetzt werden kann. Je nachdem könnte auch der Carparkplatz erhalten bleiben. Die wohn-, energie- und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung müssen jedoch berücksichtigt werden. Die bürgerliche Seite war sehr verärgert, weil damit die Möglichkeit, ein Kongresszentrum zu bauen, wegfällt. Man konnte auch in der Presse so einiges darüber lesen.

Es gäbe noch viel zu berichten aus den 38 jährlichen Sitzungen. Wir denken jedoch, dass unser Bericht genügend lang ist und einen guten Eindruck in den Ratsbetrieb gibt.

Marianne Aubert und Helen Glaser, im März 2018



Jahresbericht Kantonsrat

Bericht aus dem Kantonsrat (2017/2018)

Im Ratsjahr 2017/2018 vertraten Isabel Bartal und Eva-Maria Würth die SP Zürich 7 und 8 im Kantonsrat

Rechnung 2017 und Budget 2018

Die Rechnung 2017 schliesst mit 381 Millionen Überschuss ab. Sie zeigt, wie unsinnig Abbaumassnahmen im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) wie die Kürzung des Verkehrsfonds oder der Schiffsflübler sind. Die SP war mit der düsteren Prognose der Mehrheit der Finanzkommission nie einverstanden und zeigte bereits im April 2016 auf, dass das Sparpaket Lü16 nicht nötig ist. Der Kanton Zürich steht finanziell gut da. Erfreulich ist die hohe Ausschöpfung des Investitionsbudgets und dass die Regierung die Abbaumassnahmen beim Personal nun früher als vorgesehen zurückschraubt. Die SP ist jedoch gegen die angekündigte Steuerfussenkung um 2 Prozent. Diese bringt vor allem Personen mit hohem Einkommen etwas. Für den Grossteil der Bevölkerung wäre es hilfreicher, wenn die Kürzungen der letzten Jahre rückgängig gemacht würden, wie z.B. der sukzessive Abbau der Prämienverbilligung. Dann hätten die Leute, die auch darauf angewiesen sind, mehr im Portemonnaie. Auch eine Verwendung des Überschusses für einen innerkantonalen Soziallastenausgleich wäre fairer.

In der Budgetdebatte 2018 hat die SP dank Vernunft der FDP oft eine Mehrheit gefunden. Bei SP-relevanten Themen sind wir jedoch unterlegen. Die Ratsrechte hat mit dem Budget 2018 den öffentlichen Verkehr sabotiert und leistete sich einen erneuten Affront gegen das Personal (Kürzung des Teuerungsausgleichs auf bescheidene 0.5 Prozent). Auch die seit Jahren stattfindende Kürzung bei der Prämienverbilligung wird im Jahr 2018 munter fortgesetzt. Die SP lehnte deshalb das Budget 2018 ab. Zumindest ein Punkt am Budget 2018 ist erfreulich: Die SVP blieb alleine mit ihrem Angriff auf den Steuerfuss. Alles andere wäre allerdings auch geradezu skandalös gewesen nach der Abbaurunde im Rahmen der Lü16.

Angriff auf Kantonsspitäler Winterthur: Referenden gewonnen

Nachdem die Privatisierungspläne von Regierungsrat Heiniger von der rechten Mehrheit im Kantonsrat bejaht worden waren, zeigte die Bevölkerung dem Ausverkauf der Gesundheitsversorgung deutlich die rote Karte durch das klare NEIN zur Spitalprivatisierung. Dies ist ein wegweisender Entscheid für die Zürcher Gesundheitspolitik. Anstatt den Profiten einiger weniger Aktionäre zuzudienen, muss sich die Zürcher Gesundheitspolitik ihrer Kernaufgabe zuwenden: die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und diese für alle bezahlbar zu machen.

Nachdem die Privatisierungsvorlagen an der Urne scheiterten, sollen das Kantonsspital Winterthur und die integrierter Psychiatrie Winterthur nun in öffentlich-rechtliche Anstalten umgewandelt werden.

SP prüft Lancierung der Spitalinitiative «Lex Hirslanden»

Eine der Lü16-Massnahmen des Regierungsrats sah vor, dass der Kanton neu bei Privatspitälern Geld für zusatzversicherte Patienten abschöpfen würde. Denn momentan fließen jährlich 43 Millionen Franken Steuer- und Prämienfelder in die Taschen von Aktionären von Privatspitälern. Die Spitalpolitik wird so zum Selbstbedienungsladen für Chefärzte und Aktionäre von Privatspitälern, die gezielt praktisch nur lukrative PrivatpatientInnen behandeln. In erster Linie profitieren Aktionäre im Ausland. Diese Lü16 Massnahme wurde leider von der rechten Mehrheit im Kantonsrat versenkt. Deshalb prüft die SP die Lancierung einer Initiative zur «Lex Hirslanden».



Angriff auf ZVV 1: Referendum gegen Plünderung Verkehrsfonds

Die rechte Kantonsratsmehrheit hat während der Budgetdebatte im Dezember 2017 der Plünderung des Verkehrsfonds um 30 Millionen Franken pro Jahr zugestimmt. Dies ist ein Angriff auf den ZVV. Die SP hat dagegen das Referendum ergriffen.

Dank des Verkehrsfonds des Kantons Zürich werden jedes Jahr wichtige Projekte für den öffentlichen Verkehr im ganzen Kanton realisiert – zum Beispiel für das Tram Affoltern, die Verlängerung der Glattalbahn nach Kloten-Industrie oder die neue Tramlinie bis Dietlikon. Der Fonds wird durch einen jährlichen Beitrag des Kantons gespeist. Damit ist sichergestellt, dass der Wirtschaftsmotor Zürich auch in Zukunft mit dem effizienten und nachhaltigen Verkehrsmittel erreicht und unterstützt werden kann. Mit der Plünderung des Verkehrsfonds blockiert die Ratsrechte dringend nötige Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Dass die 30 Millionen aus dem Budget gestrichen wurden, bevor die Bevölkerung an der Urne darüber entscheiden konnte, ist finanzpolitisch unseriös und demokratiepolitisch fragwürdig.

Angriff auf ZVV 2: Initiative gegen Schiffsfünfliber

Wie fast alle Abbaumassnahmen der letzten Jahre der bürgerlichen Mehrheit ist die Einführung des Schiffszuschlags von fünf Franken ein Paradebeispiel unsinniger Sparpolitik und nicht zu rechtfertigen. Die SP bekämpfte diese Massnahme von Anfang an. So lancierten Anfang 2018 SP, Grüne und EVP eine Volksinitiative gegen den Schiffsfünfliber. Der Druck der Initiative hat gewirkt: Der Regierungsrat hat Ende März 2018 angekündigt, den Schiffsfünfliber per sofort wieder abzuschaffen.

EKZ und Axpo: Neuregelung

Der Regierungsrat möchte per Verordnung während dreier Jahre je 30 Millionen Franken vom Gewinn der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) abschöpfen. Die EKZ klagte erfolgreich gegen diesen Leistungsüberprüfung 16-Entscheid und erreichte, dass dies im EKZ-Gesetz zu regeln sei. Nun stehen beim Kantonsrat entsprechende Anpassungen auf Gesetzesstufe an. Die SP beurteilt die geplante Gewinnabschöpfung als kritisch, weil sie die EKZ nicht destabilisieren möchte.

Die SP begrüsst die neue Eigentümerstrategie des Kantons Zürich für Axpo und EKZ. Sie fordert seit vielen Jahren die Auslagerung der nicht zukunftsfähigen AKW-Beteiligungen in eine „Bad Axpo“. Die Konzentration der EKZ auf die Versorgungssicherheit ist richtig, sie muss aber weiterhin die Energiewende hin zu 100% erneuerbaren Energien fördern können, wozu ein Leistungsauftrag des Kantons notwendig ist. Trotz der überragenden Bedeutung der Stromversorgung als Service Public ist es richtig, das veraltete Axpo-Konkordat zu ersetzen. Ein neuer Vertrag muss die Verpflichtungen des Kantons Zürich einerseits bei der Abwicklung der nicht zukunftsfähigen AKW, andererseits bei Stromproduktion und -einkauf klar regeln. Dieser muss demokratisch durch den Kantonsrat und allenfalls die StimmbürgerInnen beschlossen werden.

Integrationsstopp: Nothilfe anstatt Sozialhilfe

Der Kantonsrat beschloss für vorläufig aufgenommene Personen (VA) eine Reduktion in der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf das Niveau der Nothilfe, statt eine Unterstützung nach SKOS-Richtlinien zu leisten. Die Ablehnung des Referendums durch das Zürcher Volk bestätigte diese Abbaupolitik: Vorläufig aufgenommene Ausländer (Status F) erhalten also keine Sozialhilfe mehr, wenn sie wirtschaftlich in Not geraten, sondern nur noch Asylfürsorge. Für eine Einzelperson bedeutet das zirka zwei Drittel weniger Leistungen, also gut 300 statt gut 900 Franken pro Monat.

Working-Poor-Familien endlich entlasten

Es gibt immer mehr Familien, die trotz Arbeit nicht ausreichend verdienen. Ergänzungsleistungen für Working-Poor-Familien haben sich in anderen Kantonen längst als wirksames Mittel gegen Familienarmut erwiesen. In einer im Januar 2018 eingereichten parlamentarischen Initiative fordern SP, Grüne und BDP, dass auch der Kanton Zürich auf diesem Weg armutsbetroffene Familien entlastet.



Einbürgerung – ein Gewinn für alle

In der Folge einer Anfrage von Isabel Bartal und Silvia Rigoni (Bartal/Rigoni: KR Nr. 53/2017) beim Regierungsrat, wie der Kanton Zürich seinen Informationsauftrag bezüglich Verschärfung des Einbürgerungsrechts gegenüber betroffenen Personen erfülle, stellte Regierungsrätin Jacqueline Fehr den Gemeinden einen Brief mit wichtigen Informationen zur Verfügung. Dank diesem konnten alle betroffenen Menschen im Kanton aktiv über die einschneidenden Änderungen des neuen Einbürgerungsrechts informiert werden. Dieses Gesetz ist per Januar 2018 in Kraft getreten.

Kulturpolitik

Die Arbeitsgruppe Kultur der SP Kanton Zürich hat ein Positionspapier Kultur (siehe <https://spkantonzh.ch/themen/kultur/>) erarbeitet, das die Delegiertenversammlung der SP Kanton Zürich im Mai 2017 verabschiedet hat. Eva-Maria Würth war massgeblich an dessen Entstehung beteiligt. Sie leitet aktuell zusammen mit Stefan Weber Aich die Arbeitsgruppe Kultur. Die Forderungen des Kultur-Papiers sollen mit SP KulturbotschafterInnen in den Gemeinden umgesetzt werden.

Der Kantonsrat beschäftigte sich im letzten Jahr mit der Initiative zum Film- und Medienfördergesetz sowie mit der Erneuerung des Rahmenkredits für das Theater Kanton Zürich.

Keine Kürzung des Kulturbudgets

Im Rahmen der Bewilligung der Erhöhung des Rahmenkredits für das Theater Kanton Zürich hat der Regierungsrat beschlossen, das Lotteriefonds-Kulturbudget zu kürzen. SP und EVP fordern den Regierungsrat mit einem Postulat (Würth/Hugentobler: 4/2018) auf, auf den Kulturabbau zu verzichten.

Obwohl Kulturförderung ein Verfassungsauftrag ist, wird sie von der politischen Rechten immer wieder in Frage gestellt, indem die dazu notwendigen Mittel gekürzt werden. So hat die Mehrheit des Kantonsrates zwar der Erhöhung des Rahmenkredits für das Theater Kanton Zürich zugestimmt – diese aber mit einer Kürzung des Lotteriefonds-Kulturbudgets um 300'000 CHF verbunden. Die SP und die EVP lehnen diese Kürzung entschieden ab: Wenn das Kulturbudget beschnitten wird, leiden darunter in erster Linie kleine und mittlere Projekte aus der freien Kulturszene. Da ein beachtlicher Teil des Lotteriefonds-Kulturbudgets aber bereits über Verträge vergeben ist, bleibt kaum etwas für Einzelne übrig.

Offener Ausgang Initiative Film- und Medienfördergesetz

Die Initiative zum Film- und Medienfördergesetz will die Film-, Game- und Medienförderung im Gesetz verankern. Der Kantonsrat ist der Empfehlung des Regierungsrates gefolgt und hat die Initiative abgelehnt. Nun muss das Volk an der Urne entscheiden. Vor dem Hintergrund, dass bezüglich Kulturförderfinanzierung in diesem Jahr im Kantonsrat eine Grundsatzdebatte bevorsteht, war die Linke gespalten. Denn: ab 2022 ist die Kulturförderfinanzierung nicht mehr gesichert. In diesem Sommer kommt die Vorlage für das neue Lotteriefonds-Gesetz in den Kantonsrat. In die Kulturförderung fliessen aus dem Lotteriefonds seit 2016 jährlich 23 Millionen: dies, um die laufende Rechnung zu entlasten. Die Regelung ist allerdings bis 2021 befristet. Wie es danach weitergeht, ist noch unklar.

Verbesserung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden

Dank dem jahrelangen beharrlichen Engagement von Kulturverbänden und der SP gegenüber Kanton und Stadt Zürich ist es gelungen, dass endlich Massnahmen ergriffen worden sind, um die Altersvorsorge von Kulturschaffenden zu verbessern. Diese stellen einen wichtigen ersten Schritt in die richtige Richtung dar und beruhen auf drei Säulen: mehr Sensibilisierung für die Thematik, zusätzliche gebundene Vorsorgebeiträge bei Unterstützungsbeiträgen und verbindliche Vorsorgeregelungen bei unterstützten Kulturinstitutionen. Damit wird das Risiko für Kulturschaffende reduziert, im Alter auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen zu sein. Dass die Massnahmen kostenneutral umgesetzt werden, bedeutet, dass das zusätzliche Geld für die Vorsorge dann einfach bei der Kulturförderung fehlt.

Zu verdanken sind die präsentierten Massnahmen nicht zuletzt SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr und der



Zürcher SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch, die sich entschieden dafür eingesetzt haben, dass das Niveau der Altersvorsorge in der Kulturbranche endlich an jenes in allen anderen Branchen angeglichen wird. Nun heisst es dranbleiben. Die SP wird sich auch weiter für die soziale Sicherheit von Kunst- und Kulturschaffenden stark machen.

Gegen Privatisierung unserer Gewässer im Kanton Zürich

Für die Sicherung sauberer und sicherer Gewässer im Kanton Zürich hat der Regierungsrat eine Revision des Wassergesetzes vorgelegt. Die rechte Mehrheit der kantonsrätlichen Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hat dieses Gesetz einseitig zugunsten privater Interessen abgeändert und will Teilprivatisierungen der öffentlichen Wasserversorgung erlauben.

Eine zuverlässige Trinkwasserversorgung für alle, saubere Gewässer sowie der Schutz vor zerstörerischem Hochwasser sind zentrale Staatsaufgaben. Das neue Wassergesetz hätte die Aufgabe, die neue Bundesgesetzgebung in diesen Bereichen auf kantonaler Ebene umzusetzen. Für die SP ist Wasser ein öffentliches Gut. Sie lehnt die Vorlage ab und plant, ein Behördenreferendum zu ergreifen. Jedoch wurde das Geschäft Ende März an die KEVU zurückgewiesen, die nun erneut über einige Paragrafen beraten muss.

Polizei- und Justizzentrum (PJZ)

Der Bau des PJZ geht vorwärts. In den letzten Monaten konnten einige Planungsfortschritte erzielt werden. Mit der Bestimmung des Generalunternehmens wird der Bau nun konkret. Bei den Abstimmungen über das PJZ war der Bevölkerung versprochen worden, dass das Kasernenareal vollständig frei werde und dass im neuen Strafverfolgungszentrum auch die obersten Leitungsgremien von Justiz und Polizei untergebracht würden. Wenn es nach dem Willen des Regierungsrates geht, soll nun aber die Polizeikaserne weiterhin durch das Polizeikommando genutzt werden und die Oberstaatsanwaltschaft und die Oberjugendanwaltschaft soll nicht ins PJZ ziehen. Mit diesem Vorgehen wird der Volkswille ignoriert: Was der Bevölkerung vor einer Abstimmung versprochen wird, darf nicht über den Haufen geworfen werden. Die SP hat mit einer Motion im Kantonsrat einen Lösungsweg aufgezeigt, wie mit dem Bau eines Zusatzmoduls zum PJZ der notwendige Platz geschaffen werden kann. Die Kosten dafür bewegen sich in der Grössenordnung von 10 Prozent der Gesamtkosten des PJZ. Das ist vertretbar und vernünftig. Denn über kurz oder lang wird ein Zusatzmodul wohl ohnehin nötig. So einfach und so kostengünstig wie jetzt wird es jedoch nie mehr zu haben sein.

Ferner haben FDP, GLP und SP eine parlamentarische Initiative eingereicht die den Regierungsrat beauftragt auf den Zeitpunkt des Bezugs des PJZ das provisorische Polizeigefängnis aufzuheben und das bisher genutzte Kasernenareal im Zürcher Stadtkreis 4 sowie dessen Gebäude (Militärkaserne, Polizeikaserne, Zeughäuser) für eine andere Nutzung vollständig freigegeben. Diese wurde erfolgreich überwiesen.

Arealnutzung des Kinderspitals Zürich

Die SP Zürich 7 und 8 ist der Ansicht, dass sich in unserem Quartier die einmalige Chance bietet, auf dem Areal des alten Kinderspitals bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Regierungsrat findet hingegen, dass «infolge der hohen Landpreise in Zürich Hottingen [...] das Areal für günstigen Wohnraum nicht geeignet [sei]».

Zur Arealnutzung haben wir im Oktober 2017 eine kantonsrätliche Anfrage (Bartal/Würth: KR-Nr. 267/2017) eingereicht. Aufgrund der Antwort hat sich die SP 7 und 8 entschieden, eine Petition zu lancieren, die Ende Februar eingereicht worden ist. Die Petition soll den Kanton daran erinnern, dass sich die Bevölkerung der Stadt Zürich wiederholt sehr deutlich für die Förderung des gemeinnützigen Wohnraums ausgesprochen hat. Sie fordert vom Regierungsrat, die planungsrechtlichen Grundlagen so zu ändern, dass auf dem Areal des alten Kinderspitals Zürich gemeinnütziger Wohn- und Gewerberaum gebaut werden darf, sowie dafür zu sorgen, dass gemeinnütziger Wohn- und Gewerberaum auf dem Areal entsteht. Dies z. B. durch den Abschluss eines Baurechtsvertrags mit einer Wohnbaugenossenschaft oder einem Landverkauf an die Stadt Zürich. Ebenfalls Ende Februar wurde die Motion «Gemeinnütziger Wohn- und Gewerberaum auf dem heutigen Kinderspital-Areal» eingereicht (Steiner/Würth Kr. Nr. 48/2018). Diese ist noch offen.



Ausblick Kantonsrats-Wahlen 2019

Die SP hat die letzten Wahlen gewonnen und auch in unserem Quartier gut abgeschnitten. In einem Jahr stehen Erneuerungswahlen für den Kantons- und den Regierungsrat an. Wir dürfen nicht loslassen. Angesichts der Rechtsmehrheit im Kantonsrat müssen wir alles Mögliche unternehmen, um unsere Position zu stärken. Es gilt, den weiteren Abbau des Service Public und des Sozialstaates zu verhindern und für unsere sozialdemokratischen Werte wie Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im Kanton zu kämpfen.

Zürich, im April 2018



Jahresbericht Schulbehörde

Bericht aus der Schulbehörde (2017/2018)

Das vergangene Jahr war geprägt durch die Turbulenzen rund um die Schuleinheit Bungertwies, die im weiteren Verlauf zur Demission der Schulpräsidentin auf Ende Schuljahr geführt haben. «Der Problemschulkreis Zürichberg» (NZZ) hat durch die öffentlich geführte und auf Personen konzentrierte Diskussion zweifellos einen Reputationsschaden erlitten, der der gebotenen Qualität in den Schulen in keinsten Weise entspricht.

Daneben wurde der Umbau des Schulhauses Hofacker mit grosser Mehrheit vom Zürcher Stimmvolk gutgeheissen, womit die Hoffnung steigt, dass der desolate Bau bis 2022 (?) in neuem und erweitertem Glanz erstrahlt. Für die Schuleinheit bedeutet dies aber in den nächsten Jahren auch, dass Klassen verschoben und in engen Verhältnissen untergebracht werden müssen. Möglich wurde dies nur, weil die Kunst- und Sportschule Zürich (K&S) den Schulkreis verlassen und neu im Schulhaus Hohl beheimatet sein wird und so das Schulhaus Münchhalden die vorübergehende Aufnahme der Sekundarklassen ermöglicht.

Der im letzten Jahresbericht erwähnte Entscheid der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die MAB-Aktivitäten der Behörde auf ein Minimum zu beschränken, wurde inzwischen gekippt, wohl vor allem als Reaktion auf eine Bezirksratsbeschwerde der Grünen. Die Salomitaktik zur Abschaffung der Behörde hat glücklicherweise nicht verfangen. Zweifellos wird aber dereinst eine grössere Diskussion über die Behörde als Ganzes geführt werden müssen.

Eine Sache soll nicht unerwähnt bleiben: Wir als Behördenmitglieder dürfen Schulen betreuen, die grossmehrheitlich ausgezeichnet funktionieren und an denen hervorragende Arbeit geleistet wird.

Auch diesen Jahresbericht möchte ich nicht schliessen, ohne den Mitgliedern der linken Fraktion für ihre engagierte und kooperative Mitarbeit zu danken.

18. März 2018, Marco Gitermann